

EU-1

Antragsteller*innen: Landesvorstand

Gegenstand: TOP 3: Leitantrag: „In Baden-Württemberg daheim, in Europa zu Hause“

IN BADEN-WÜRTTEMBERG DAHEIM, IN EUROPA ZU HAUSE

1 Seit über 70 Jahren leben wir in Baden-Württemberg in Frieden und Freiheit – dank des
2 europäischen Einigungsprozesses. Wir wissen, was wir an der Partnerschaft mit Frankreich
3 und unseren anderen Nachbarn haben. Wir sind eine starke Region in Europa, wir sind eine
4 Grenzregion. Unser Wohlstand kommt maßgeblich durch die Europäische Union, wir profi-
5 tieren davon, im Zentrum der EU zu liegen, ohne Schlagbäume, mit europäischen Regeln,
6 die den Export der Produkte aus unserem Land vereinfachen, und mit den Chancen, im
7 Nachbarland zu leben, zu arbeiten oder zu lernen. Deshalb wollen wir erhalten, was uns
8 erhält!

9 Wir leben in einer Welt im Umbruch: Globalisierung und Digitalisierung, die drohende Kli-
10 makatastrophe und die zunehmende Knappheit lebenswichtiger Ressourcen, Kriege und
11 humanitäre Katastrophen in unserer nahen und fernerer Nachbarschaft. In einer Welt, die
12 komplexer und vernetzter wird, werden die Antworten nicht einfacher. Nationalstaaten al-
13 leine können diese Antworten immer weniger liefern. Manche Menschen haben deswegen
14 das Gefühl des Kontrollverlustes. Populist*innen gaukeln vor, dass man sich von der Welt
15 abschotten kann – aber man löst die Probleme nicht, wenn man eine Mauer baut, Grenzen
16 zieht und die Augen verschließt. Die Klimakatastrophe verschwindet nicht, wenn man sie
17 leugnet.

18 Das Gegenteil ist der Fall – erst europäische Einigkeit verschafft uns globale Handlungs-
19 fähigkeit. Europa gibt den Staaten die Souveränität in der Welt zurück. Kein europäischer
20 Staat hat sich mit Google und Apple angelegt, aber die Europäische Kommission tut es.
21 Welcher Mitgliedsstaat kann alleine Apple dazu zwingen, Steuern zu zahlen, wohlwissend,
22 dass Apples Marktkapitalisierung größer ist als das nationale Bruttoinlandsprodukt von
23 Dreiviertel der EU-Mitgliedsstaaten? Welcher Mitgliedsstaat kann alleine für Datensicher-
24 heit sorgen? Welcher Mitgliedsstaat kann alleine den islamistischen Terror bekämpfen?
25 Welcher Mitgliedsstaat kann alleine eine Kreislaufwirtschaft erwirken, die die ökologische
26 Modernisierung der Wirtschaft befördert und uns zugleich unabhängiger von geopolitisch

27 und humanitär problematischer Rohstoffförderung macht? Welcher Mitgliedsstaat kann
28 alleine Klima und Arten schützen? Außerdem: In Zeiten von Putin, Trump und Xi müssen
29 wir Europäerinnen und Europäer unser Schicksal selbst in die Hand nehmen.

30 Gleichzeitig wissen wir: Jene Dinge, die eben nicht besser europäisch geregelt werden
31 können, sollten die Kommunen, Regionen oder die Nationalstaaten selbst regeln. Das gilt
32 für den Bus vor Ort, das Krankenhaus, den sozialen Wohnungsbau oder die Öffnungszeiten
33 der Kita. Für die öffentliche Daseinsvorsorge und soziale Dienstleistungen gibt die EU
34 mittlerweile einen ermöglichenden und stärkenden Rahmen, dies ist auch das Ergebnis
35 grüner Arbeit im Europaparlament. Die Frage, wie die Versorgung der Bürger*innen mit
36 Wasser oder sozialen Dienstleistungen vor Ort dann genau aussieht, das wird dann auch
37 vor Ort entschieden und organisiert.

38 Europa ist für uns Grüne ein von gemeinsamen Werten getragenes politisches Projekt. Es
39 ist das Europa der Menschenrechte, das Europa der Gleichberechtigung und das Europa,
40 das gerade in Nachhaltigkeitsfragen immer wieder die Mitgliedsländer treibt.

41 Wir wissen, dass wir unser höchstes Gut, den Frieden, auf unserem Kontinent nur gemein-
42 sam erhalten. Alle profitieren davon, auch jene, die aktiv gegen das Europäische Projekt
43 kämpfen. Wir müssen das, was uns ausmacht, sichern und stärken, denn Freiheit und De-
44 mokratie sind auch innerhalb der EU wieder in Frage gestellt und unter Beschuss. Wir
45 wollen Europa zusammenhalten, sodass alle vom Wohlstand in Europa profitieren können.
46 Fairness schaffen wir nur gemeinsam, wenn wir gemeinsam gegen gemeinwohlschädli-
47 ches Verhalten vieler multinationaler Konzerne vorgehen, die teilweise weltweit keinen
48 finanziellen Beitrag zum Gemeinwohl leisten wollen. Wir unterstützen die europäischen
49 Initiativen gegen Steuerflucht und Briefkastenfirmen wie etwa das Transparenzregister für
50 Unternehmen, die nach der Veröffentlichung der Panama Papers vor zwei Jahren ergriffen
51 wurden. Wichtig ist nun, dass diese Initiativen weiter vorangetrieben und in Gesetzestext
52 gegossen werden. Wir wollen unser Klima schützen und das schaffen wir nur gemeinsam.

53 **Erhalten, was unser höchstes gemeinsames Gut ist: Frieden**

54 Frieden fällt nicht vom Himmel, er muss täglich aufs Neue gestiftet werden. Der euro-
55 päische Einigungsprozess entstand aus den verheerenden Erfahrungen zweier Weltkriege
56 und des Holocaust. Er beruht auf der festen Überzeugung, dass es immer Interessensun-
57 terschiede, immer Konflikte zwischen den europäischen Ländern geben wird, dass es aber
58 besser ist, diese Konflikte in einem geregelten Rahmen friedlich auszutragen als auf dem
59 Schlachtfeld. Deswegen sind wir so dankbar für die europäischen Institutionen, auch wenn
60 die Entscheidungsprozesse dort manchmal schmerzhaft langsam und schwierig sind.

61 Die EU muss ihre Verantwortung für den Frieden in der Nachbarschaft und in der Welt
62 wahrnehmen. Eine wertegeleitete Außenpolitik Europas sollte daher an den Menschen-
63 rechten, globaler Gerechtigkeit und der Sicherung von Frieden und Stabilität in der Welt
64 orientiert sein. Dafür brauchen wir eine faire Handelspolitik mit den Ländern des glo-
65 balen Südens und eine Nachbarschaftspolitik, die nicht die Abwehr von Flüchtlingen über
66 die Menschenrechte stellt, eine Politik, die für das Aufrechterhalten internationalen Rechts
67 und internationaler Organisationen einsteht. Die sicherheitspolitische Zusammenarbeit in
68 der EU wollen wir stärken. Gegenüber den illiberalen Autokraten Erdogan, Putin und Xi

69 brauchen wir eine gemeinsame Politik, wie dies auch mit Blick auf die Ukraine gesche-
70 hen ist, und keine, die sich von kurzfristigen wirtschaftlichen Interessen leiten lässt. Wir
71 wissen: Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung des Völkerrechts sind die beste Grundlage für
72 wirtschaftliche Zusammenarbeit und Prosperität.

73 **Sichern, was uns ausmacht: Demokratie und Menschenrechte**

74 Wir sehen mit großer Besorgnis das Erstarken rechtsnationaler und rechtsradikaler Kräfte
75 in ganz Europa. Sie grenzen aus und wollen den demokratischen Rechtsstaat abbauen
76 – wie in Polen oder Ungarn. Wir stellen uns autoritären Kräften innerhalb und außer-
77 halb der EU und Deutschlands entgegen. Dafür brauchen wir innerhalb der Europäischen
78 Union einen funktionierenden Rechtsstaatsmechanismus und stärkere Konsequenzen für
79 Demokratieabbau in Mitgliedsstaaten. Wenn eine nationale Regierung Gewaltenteilung
80 aufhebt, Pressefreiheit und -pluralität beschränkt oder Minderheiten systematisch diskri-
81 miniert, dann sollen europäische Gelder in Zukunft nur noch direkt an die Kommunen und
82 Regionen vergeben werden, die sich weiterhin auf dem Boden von Demokratie und Rechts-
83 staatlichkeit bewegen. In ganz Europa setzen wir uns als Grüne für eine offene Gesellschaft
84 und gesellschaftlichen Zusammenhalt ein. Dafür wollen wir die Zivilgesellschaft vor Ort
85 in Europa unterstützen und stärken. Menschenrechtsverteidiger*innen sollen durch einen
86 europäischen Fonds gezielt unterstützt werden. Das bedeutet auch, dass wir über die Na-
87 tionalstaatsgrenzen hinweg gemeinsam gegen Rechtsruck und Rassismus kämpfen und
88 für eine solidarische und gemeinsame Zukunft werben.

89 Wir wollen auch die europäische Demokratie weiter stärken. Wir Grüne sehen die koope-
90 rative Ausübung von Entscheidungsgewalt von der lokalen, regionalen über die nationale
91 hin zur europäischen Ebene als das sinnvollste System, um sowohl der regionalen Vielfalt
92 in Europa als auch den gemeinsamen Herausforderungen in der Globalisierung gerecht
93 zu werden. Häufig hat die regionale oder nationale Ebene zwar noch in der Theorie die
94 Kompetenz, ein Problem zu lösen, kann dies de facto aber schon lange nicht mehr alleine.
95 Hier geht es also darum, sich über die europäische Ebene gemeinsam wieder Souveränität
96 zurückzuholen. Diese gemeinsame europäische Souveränitätsausübung muss dann
97 aber auch parlamentarisch kontrolliert werden durch das Europäische Parlament. Des-
98 wegen wollen wir zum Beispiel den Europäischen Rettungsfonds in einen Europäischen
99 Währungsfonds umbauen, um ihn gegenüber dem Europäischen Parlament rechenschafts-
100 pflichtig zu machen. Wir wollen auch dem EP ein Gesetzesinitiativrecht geben. Die EU hat
101 in der Vergangenheit wichtige Schritte zur Beteiligung der Bürger*innen sowie mehr Parti-
102 zipationsmöglichkeiten auf EU-Ebene gemacht durch die Einführung der Bürgerinitiative.
103 Wir wollen noch existierende Hürden dafür abbauen. Zu mehr Bürgernähe gehört auch
104 eine verstärkte Transparenz und Begrenzung von Lobbyismus, auch wenn die Arbeit von
105 EU-Kommission und EU-Parlament bereits deutlich transparenter ist als bei Bundestag und
106 Bundesregierung. Immerhin gibt es ein Lobbyregister und eine Transparenz über Zugang
107 zur EU-Kommission und zum Europäischen Parlament – das haben wir auf Bundes- und
108 Landesebene bis heute nicht. Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf, mehr
109 darüber zu erfahren, wer an politischen Entscheidungen mitwirkt. Ein verbindliches Lobby-
110 register ist eine wichtige Maßnahme, um den Einfluss von Interessengruppen transparent
111 und nach klar definierten Regeln zu gestalten. Mit einem legislativen Fußabdruck kann

112 die Einflussnahme auf Gesetzgebungsverfahren öffentlich nachvollziehbar gemacht wer-
113 den, indem offengelegt wird, welche Interessengruppen sich mit Ideen und Vorschlägen
114 eingebracht haben. Wir wollen diese Transparenz-Instrumente nicht nur auf europäischer
115 Ebene weiterentwickeln, sondern sie auch auf Bundes- und Landesebene einführen, um
116 das Vertrauen in politische Entscheidungsprozesse zu stärken.

117 Damit Transparenz und Demokratie auf europäischer Bühne gestärkt werden, unterstüt-
118 zen wir die europäische politische Öffentlichkeit. Europäische Themen sollten europäisch
119 gedacht, diskutiert und begleitet werden. Die Einführung transnationaler Listen bei der
120 Wahl zum Europäischen Parlament wäre dafür ein wichtiger Schritt. Außerdem sollten die
121 Parteien weiterhin mit europäischen Spitzenkandidat*innen für das Amt der*des Kommis-
122 sionspräsident*in bei der Europawahl antreten.

123 Alle Unionsbürger*innen sollten in den Staaten, in denen sie leben, die vollen bürger-
124 lichen, sozialen und politischen Rechte genießen. In Deutschland ansässige Unionsbür-
125 ger*innen sollten ein Landtagswahlrecht erhalten. Perspektivisch sollte die Unionsbür-
126 ger*innenschaft zu einer europäischen Staatsbürger*innenschaft fortentwickelt werden.

127 Zu den Menschenrechten zählt auch das Menschenrecht auf Asyl. Es braucht legale Wege
128 für Flucht und Migration in die EU. Dafür sollte eine Kooperation mit den UN für legale An-
129 laufstellen außerhalb Europas eingegangen werden, während ein individuelles Asylrecht
130 weiter beim Ankommen in Europa besteht. Aber auch eine solidarischere Verteilung von
131 Geflüchteten unter den Mitgliedsstaaten der EU ist dringend nötig. Hierfür unterstützen
132 wir die Verhandlungen zur Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS).
133 Gleichzeitig muss eine gemeinsame EU-Außenpolitik Fluchtursachen in den Herkunftslän-
134 dern an der Wurzel angehen.

135 **Stärken, was uns zusammenhält: Fairness**

136 Fairness in Europa bedeutet, dass keiner zulasten des anderen lebt, dass keiner „America
137 first“ praktiziert, sondern alle wissen, dass wenn jeder an sich denkt, noch längst nicht
138 an alle gedacht ist. Das bedeutet, einen Wettlauf nach unten, sei es bei den Steuern, bei
139 den Löhnen oder beim Umweltschutz, zu verhindern und gemeinsam gute Standards zu
140 setzen.

141 Wir kämpfen deswegen auf allen Ebenen für Steuergerechtigkeit. Es muss aufhören, dass
142 das Café um die Ecke mehr Steuern bezahlt als die Starbucks-Filiale eine Straße weiter.
143 Wir wollen zumindest endlich eine gemeinsame deutsch-französische Unternehmensbe-
144 steuerung. Das wäre auch eine gute Antwort auf Trumps Steuerwettlauf nach unten. Wir
145 wollen die soziale Säule der EU stärken und den Binnenmarkt entsprechend weiterentwi-
146 ckeln, das bedeutet, soziale Mindeststandards festzulegen bei der sozialen Absicherung.
147 Vorschläge der Europäischen Kommission wie zum Beispiel das europaweite private Al-
148 tersvorsorgeprodukt sollen nicht nur zur Vollendung des Binnenmarkts, sondern auch zur
149 Absicherung der Menschen beitragen. Fairness bedeutet, auch Chancen für junge Men-
150 schen zu eröffnen. Wir wollen mehr europäische Unterstützung für die Ausbildung und
151 den Übergang ins Berufsleben gegen die hohe Jugendarbeitslosigkeit in einigen Ländern
152 der EU. Und wir wollen allen jungen Menschen ermöglichen, Europa kennenzulernen. Wir

153 wollen das ERASMUS-Plus-Programm in einem ersten Schritt verdoppeln und seine Aus-
154 bildungskomponente stärken.

155 Zu einem fairen Europa gehört eine gestärkte, demokratischere und solidarischere Euro-
156 zone. Wir wollen den Euro krisenfest machen durch Solidarität und Solidität. Das bedeu-
157 tet, die Bankenunion zu vollenden, eine Abfederung von asymmetrischen wirtschaftlichen
158 Schocks zu ermöglichen – denn jedes Verhindern einer schweren Krise ist besser, als sie
159 nachher schwer zu beheben – eine Demokratisierung des Europäischen Rettungsmecha-
160 nismus durch eine Überführung in einen europäischen Währungsfonds unter parlamenta-
161 rischer Kontrolle des EP und nicht zuletzt mehr Euros für die Finanzierung gemeinsamer
162 Zukunftsaufgaben. Das ist uns Europa wert. Dabei behalten wir unsere subsidiäre Wer-
163 teorientierung: Die sichere und solidarische Einlagensicherung der genossenschaftlichen
164 Banken sowie der Sparkassen wollen wir erhalten.

165 **Voranbringen, was wir nur gemeinsam erreichen können: Klima- 166 schutz und Innovation**

167 Klimaschutz ist für uns die zentrale Aufgabe, egal ob vor Ort, im Ländle oder in Europa.
168 Die Initiative Under2MOU aus Baden-Württemberg zeigt deutlich, dass auch wir als Region
169 entscheidende Impulse setzen und Entwicklungen anstoßen können.

170 Aber mit einer ambitionierten europäischen Klimaschutzpolitik kommen wir überall
171 schneller voran. Das Klima schützen wir besser gemeinsam.

172 Die EU sollte nach Trumps Austritt aus dem Pariser Klimaabkommen die weltweite Vorrei-
173 terrolle im Klimaschutz übernehmen. Wir wollen mit Europa Innovationen und Forschung
174 für grüne Energie, grüne Mobilität und grünes Wirtschaften fördern, um fit für die Zu-
175 kunft zu werden. Grüne Ideen und schwarze Zahlen gehen dabei Hand in Hand: Innovative
176 Klimaschutzlösungen sind international gefragt. Ambitionierte Umweltziele können die
177 Konjunktur gerade in den Staaten Süd- und Osteuropas ankurbeln.

178 Möglichkeiten, über EU-Politiken den Rahmen für den Klimaschutz zu setzen, bieten sich
179 genug: So sollte etwa der Emissionshandel über Europa hinaus entwickelt werden, mit
180 einer CO₂-Steuer an den Grenzen. Das Nachfolgeprogramm des EU-Forschungsprogramm
181 Horizon 2020 muss die europäische Energiewende durch einschlägige Förderprogramme
182 priorisieren.

183 Dazu gehört für uns Grüne auch ein europaweiter Atomausstieg. Unser Ziel ist es, dass
184 überall in Europa das gefährliche Spiel mit dem atomaren Feuer ein Ende hat. Schrottre-
185 aktoren wie Fessenheim oder Cattenom in Frankreich müssen sofort vom Netz. Wir wol-
186 len den Euratom-Vertrag, in dem die Privilegien der Atomkraft festgeschrieben sind, an
187 die heutige Zeit anpassen. Wenn das nicht erreichbar ist, setzen wir uns dafür ein, dass
188 Deutschland aus Euratom aussteigt.

189 Wir Grünen wollen die Zeitenwende bei der Mobilität schaffen. Weil die Herausforderer aus
190 den USA (Tesla, Google, Uber) und China (Tencent, Didi Chuxing) nicht schlafen, braucht es
191 eine europäische Antwort: Etwa eine europäische Batterieallianz, aber auch strenge Emis-
192 sionsgrenzwerte und einen Transformationsdialog, so wie wir das in Baden-Württemberg

193 machen. Wir fordern die Landesregierung auf, sich entsprechend im Bundesrat einzubrin-
194 gen. Saubere Autos allein sind aber nicht genug. Wir brauchen massive Investitionen in
195 sanfte Mobilität und transnationalen Güter- und Personenverkehr. Wir wollen wieder eu-
196 ropäische Nachtzüge zwischen allen Metropolen und den funktionierenden Pendelverkehr
197 in der Grenzregion.

198 Auf europäischer Ebene wird gerade über die Voraussetzungen für eine gelingende Kreis-
199 laufwirtschaft verhandelt, ebenso wie über Gesetze zur Reduzierung und Vermeidung von
200 Plastik. Wir unterstützen diese Vorhaben und drängen auf hohe Standards. Europa muss
201 es sich zum Ziel setzen, eine Kreislaufwirtschaft zu verwirklichen und Champion der Res-
202 sourceneffizienz in allen Wirtschaftsbereichen zu werden.

203 Aktuell werden die Weichen für die europäische Landwirtschaftspolitik (GAP) nach 2021
204 gestellt. Die Ökologisierung der GAP ist die Maßnahme mit dem größten Potential an po-
205 sitiven Auswirkungen auf die Umwelt und das Klima, aber auch Wasser, Luft, Boden, Bio-
206 diversität und Tierschutz. Sie wirkt sich direkt auf die Qualität unserer Lebensmittel und
207 damit unmittelbar auf die Gesundheit der Bürger*innen aus. Die Existenz unserer bäuer-
208 lichen Betriebe zu sichern bedeutet Landschaftspflege, Angebote von sanftem Tourismus
209 genauso wie lokale Produktion von Lebensmitteln, Direktvermarktung und Produktinnova-
210 tionen. Für uns Grüne ist klar: Wer die Bürger*innen von der europäischen Idee überzeugen
211 möchte, muss eine starke gemeinsame Politik für ländliche Regionen, Landwirtschaft, Le-
212 bensmittel und Umwelt machen.

213 Auch bei der Digitalisierung und der Nutzung der sogenannten Künstlichen Intelligenz
214 wollen wir an der Spitze dabei sein, diese ökologisch ausgestalten und die damit einherge-
215 henden Transformationen sozial ausgestalten. Daher braucht es hier eine mutige und visio-
216 näre europäische Innovationspolitik, die europäische Player fördert. Deswegen unterstüt-
217 zen wir ein deutsch-französisches Zentrum für Künstliche Intelligenz. Baden-Württemberg
218 mit seinem Cyber-Valley ist dafür der ideale Standort. Die Digitalisierung wirft aber nicht
219 nur technische, sondern auch große gesellschaftspolitische Fragen auf: Wollen wir Digi-
220 talisierung à la USA mit Marktmonopolen und Vermarktung von Daten? Digitalisierung à
221 la China mit Verstaatlichung von Daten und Kontrolle der Bürger*innen? Wir wollen un-
222 ser eigenes europäisches Modell der Datensouveränität schaffen, in dem Bürgerinnen und
223 Bürger selbstbestimmt und geschützt mit ihren Daten umgehen und Marktmonopole ge-
224 brochen werden. Klar ist: Auch bei Digitalem braucht es einen gemeinsamen Binnenmarkt
225 und eine gemeinsame Besteuerung der digitalen Wirtschaft. Die Vorschläge der Kommis-
226 sion zur digitalen Besteuerung unterstützen wir auf allen Ebenen – ansonsten werden
227 Google, Facebook und Co. nur Gewinne bei uns erzielen, aber nie zu unserem Gemeinwohl
228 beitragen.

229 **Garantieren, was wir alle brauchen: Freiheit und Sicherheit**

230 Sicherheit ist ein wichtiges Bedürfnis aller Menschen. Sicherheit vor Terror, vor Einbrüchen,
231 vor rechtsradikalen Übergriffen. Vieles davon muss vor Ort durchgesetzt werden. Aber ge-
232 rade mit Blick auf organisierte Kriminalität und internationalem Terrorismus wissen wir:
233 Diese kennen keine Grenzen. Die Anschläge der jüngsten Vergangenheit, wie der am Ber-
234 liner Breitscheidplatz, haben deutlich gezeigt: Terrorismus macht nicht an Ländergrenzen

235 halt. Sie haben gezeigt, dass Länder und Mitgliedstaaten der Europäischen Union endlich
236 die engere Zusammenarbeit zwischen den Polizeibehörden und Nachrichtendiensten der
237 Mitgliedstaaten in die Realität umsetzen müssen. Deswegen darf auch die Arbeit gegen
238 Terrorismus und organisierte Kriminalität nicht an Ländergrenzen haltmachen, muss aber
239 konsequent rechtstaatlich und an den Menschenrechten ausgerichtet sein. Genau um diese
240 Balance wird in der Europäischen Union wieder und wieder gerungen. Die Grünen stehen
241 dafür, die richtige Balance von Freiheit und Sicherheit zu garantieren. Immer schärfere
242 Gesetze führen nicht automatisch zu mehr Sicherheit. Wir wollen eine gemeinsame euro-
243 päische Terrorbekämpfung und mehr Geld und Personal in die Ausstattung gemeinsamer
244 Ermittlungsteams und in den anlassbezogenen, datenschutzkonformen Informationsaus-
245 tausch investieren.

246 Die Europäische Union hat sowohl gegenüber ihren Mitgliedsstaaten als auch weltweit ei-
247 ne Verantwortung, humanitäre Hilfe und Katastrophenschutz zu leisten. Wir wollen diese
248 humanitäre Unterstützung ausbauen und den gemeinsamen Katastrophenschutz voran-
249 bringen. Dank des EU-Verfahrens für den Katastrophenschutz spielt die Europäische Kom-
250 mission bei der Krisenkoordination in Europa und weltweit eine entscheidende Rolle.
251 Wir wollen das Europäische Zentrum für die Koordination von Notfallmaßnahmen stärken,
252 damit Hilfsangebote einzelner Länder besser abgestimmt und zielgerichteter eingesetzt
253 werden können.

254 **Fördern, was vor Ort am besten gelingt: im Dialog sein**

255 Die Europäische Union gehört für uns in Baden-Württemberg zur Staatsräson. Mit dem Eu-
256 ropadialog und dem baden-württembergischen EU-Leitbild treten wir mit den Menschen
257 in Kontakt, schlagen Brücken zwischen Europäischer Union und den Regionen und leisten
258 einen Beitrag zur Verankerung unseres Bundeslandes in Europa. Baden-Württemberg kann
259 hier Vorreiterin für andere Bundesländer und auch Regionen in der Europäischen Union
260 sein und zeigen, wie die Bevölkerung aktiv in die Europapolitik einbezogen werden kann
261 – damit Europa ein Europa der Bürger*innen ist.

262 Wir werden die Idee der europäischen Einigung nur in die Zukunft tragen können, wenn
263 wir möglichst viele Menschen mitnehmen. Fast jede Stadt in Baden-Württemberg hat eu-
264 ropäische Partnerstädte. Frieden fängt vor Ort an, bei jedem Einzelnen, in der Bereitschaft,
265 den Anderen zu verstehen und sich selber und seine Überzeugungen in Frage zu stellen.
266 Wir wollen die Städtepartnerschaften beleben und auf kommunaler Ebene für einen regen
267 Austausch mit unseren Nachbarn sorgen.

268 Baden-Württemberg ist umgeben von europäischen Nachbarn. Wir wollen bestehende
269 Foren nutzen, um Zusammenarbeit zu stärken und Europa und die Bedeutung von Zu-
270 sammenhalt für Menschen in Grenzregionen erlebbar zu machen. Mit der Frankreich-
271 Konzeption des Landes stärken wir den deutsch-französischen Motor der EU und setzen
272 neue Impulse mit grenzüberschreitenden Bürgerdialogen in sieben verschiedenen The-
273 menfeldern. Die Donauraumstrategie hat die grün-geführte Landesregierung erfolgreich
274 fortgesetzt. Damit wollen wir dazu beitragen, dass das Wohlstands- und Bildungsgefäl-
275 le entlang der Donau verringert wird, um den Menschen in ihren Heimatregionen gute
276 Zukunftschancen zu ermöglichen.

277 Baden-Württemberg ist die innovativste Region in Europa. Die grün-geführte Landesregie-
278 rung nutzt dazu bereits vorhandene Synergien und baut diese weiter aus. Mit der Weiter-
279 entwicklung des Leuchtturmprojekts European Campus zur Europäischen Universität wol-
280 len wir einen Wissenschaftsleuchtturm schaffen, der die Stärken der Universitäten Karls-
281 ruhe, Freiburg, Strasbourg, Mulhouse und Basel verbindet.

282 Mit dem Vier-Motoren-Dialog setzt die grün-geführte Landesregierung die erfolgreiche
283 Partnerschaft mit den Regionen Katalonien, Lombardei und Auvergne-Rhône-Alpes fort.
284 Damit hat Baden-Württemberg gemeinsam mit den europäischen Partnerregionen eine
285 wichtige Rolle im „Europa der Regionen“ und stärkt damit seine Spitzenposition bei Wirt-
286 schaft und Innovation in Europa.

287 **Finanzieren, was es uns wert ist: Europa**

288 Damit die Europäische Union diese großen Aufgaben angehen kann, muss man sie finanzia-
289 ell gut ausstatten. Die Ausrichtung des nächsten Finanzrahmens wird entscheidend dafür
290 sein, ob die skizzierten Aufgabenstellungen wirksam bearbeitet werden können. Allein in
291 der laufenden Förderperiode profitiert Baden-Württemberg mit einem Betrag von rund 5
292 Milliarden Euro. Alleine aus der Forschungs- und Innovationsförderung des Programms
293 Horizon 2020 hat das Land ca. 800 Millionen erhalten. Echte monetäre Vorteile durch die
294 EU ergeben sich auch durch den freien Binnenmarkt, gemeinsamen Klimaschutz oder die
295 europäische Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen, auch wenn diese sich nicht exakt auf
296 jeden einzelnen Mitgliedstaat herunterrechnen lassen.

297 Der neue mehrjährige Finanzrahmen (MFR) sollte den Blick auf die aktuellen Herausfor-
298 derungen richten, die die Nationalstaaten allein nicht bewältigen können. Mit dem neuen
299 MFR kann die EU die Weichen für die Zukunft stellen: mit sauberen Energieträgern, für
300 verantwortungsvollen Konsum und nachhaltige Produktion, für gute Arbeitsbedingungen,
301 nachhaltiges Wachstum und für den Klimaschutz. Dies entspricht den nachhaltigen Ent-
302 wicklungszielen, den Sustainable Development Goals (SDGs) der Vereinten Nationen, auf
303 die sich die Mitgliedstaaten im September 2015 verpflichtet haben. Darum sollten wir den
304 neuen MFR einem Nachhaltigkeitscheck unterziehen. Seien es die Mittel für die Struktur-
305 und Kohäsionsfonds oder die gemeinsame Agrarpolitik: die SDGs wären ein hervorragendes
306 Steuerungsinstrument, von dem alle Menschen in Europa und die ganze Welt profitie-
307 ren würden. Auch die außen- und sicherheitspolitischen Komponenten werden zusätzliche
308 Gelder erfordern.

309 Wir wollen, dass die EU neben der Finanztransaktionssteuer weitere Möglichkeiten erhält,
310 eigene Steuern und Abgaben zu erheben. Insbesondere Steuern mit ökologischem Len-
311 kungsfaktor, wie die Plastiksteuer oder die CO₂-Grenzsteuer, unterstützen wir ausdrück-
312 lich. Wir wollen, dass die Erlöse aus dem Handel mit Emissionszertifikaten zukünftig in
313 den EU-Haushalt fließen.

314 **Für starke Grüne in einem starken Europa!**

315 Für all diese Aufgaben und Herausforderungen ist das nächste Jahr entscheidend. Nicht nur
316 muss Deutschland endlich auf die Vorschläge des französischen Präsidenten Macron und
317 des Europäischen Kommissionspräsidenten Juncker antworten. Im Frühjahr 2019 stehen
318 die Wahlen zum Europäischen Parlament an. Wir wollen ein Ende der GroKo im Europa-
319 parlament. Wir wollen dazu beitragen, dass es im nächsten Europäischen Parlament mit
320 starken Grünen eine pro-europäische und sozial-ökologische Mehrheit gibt.

321 **Wir wollen dabei die entscheidende Kraft für Menschenrechte, Fairness und Ökologie sein.**
322 **Dafür werden wir Grüne im kommenden Jahr auf allen Ebenen kämpfen, für unser euro-**
323 **päisches Gemeinwohl.**

Begründung

erfolgt mündlich

Antragsteller*innen

Landesvorstand. Für ihre Mitwirkung bei der Erarbeitung des Leitantrags „In Baden-Württemberg daheim, in Europa zu Hause“ bedankt sich der Landesvorstand bei Franziska Brantner, Josha Frey, Maria Heubuch, Viktoria Kruse, Bennet Müller und Theresa Schopper.